

Migration

Die Reise geht weiter – „Land in Sicht“ wird fortgesetzt

Bund und EU fördern erfolgreiches Eingliederungsprogramm für Flüchtlinge

Leben auf dem Abstellgleis: Flüchtlinge mit ungeklärtem Status warten oft jahrelang auf ein Bleiberecht, arbeiten dürfen sie während dieser Phase nur unter sehr erschwerten Bedingungen. Doch wenn das ersehnte Ergebnis da ist, müssen sie innerhalb weniger Monate einen Job vorweisen. Aber wie, wenn es vorher kein Training, keine Förderung gab? Diese Lücke füllte das Projekt „Land in Sicht“, das in den vergangenen Jahren von der EU finanziert wurde. Besonders jugendliche Flüchtlinge profitierten. Selbst wenn sie am Ende keinen festen Status in Deutschland erhielten, sollten sie nach einer Abschiebung nicht mit leeren Händen in ihr Herkunftsland zurückkehren. „Land in Sicht“ war erfolgreich, rund 500 Menschen nahmen allein in Schleswig-Holstein daran teil. Dennoch schien vor einem Jahr das Aus unvermeidlich: Die EU hat ihre Förderkriterien geändert, für Flüchtlinge ohne Status oder mit unsicherem Bleiberecht sollen grundsätzlich keine Mittel mehr ausgegeben werden (sozial berichtete). Nun wird „Land in Sicht“ doch fortgesetzt: Bundesweit sind 44 Projekte gestartet, eines davon in Schleswig-Holstein. Träger im Land ist der PARITÄTISCHE,

beteiligt sind – wie in den Vorjahren – die Mitgliedsorganisationen „Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen in Schleswig-Holstein“ (ZBBS) in Kiel sowie der Verein „Umwelt, Technik, Soziales“ (UTS) in Rendsburg, der Flüchtlingsrat und das Diakonische Werk, die jeweils eines der vier Unterprojekte bearbeiten. „Land in Sicht“ wird zu gut 90 Prozent aus dem Sozialfonds der EU und vom Bund gefördert, den Rest gibt der Träger hinzu. In Schleswig-Holstein betrifft das vor allem Personalkosten für die finanzielle und logische Abwicklung. „Wir schaffen den Rahmen, inhaltlich sind



der Flüchtlingsrat und unsere Mitglieder zuständig“, beschreibt Krystyna Michalski, Fachreferentin für Migration.

200 Menschen sollen in den nächsten zwei Jahren Kurse durchlaufen, bundesweit sind rund 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angestrebt. Dass das Projekt wieder anlaufen darf, sei vor allem dem Erfolg der bisherigen Maßnahmen zu verdanken, sagt Michalski. So fanden 40 Prozent der 16- bis 27-

Jährigen, die an den Kursen der ZBBS in Kiel teilnahmen, eine Arbeit oder einen Schulplatz. Auch der Verein UTS, der Hilfskräfte für Gastronomie und Pflege schulte, wies zahlreiche Vermittlungen vor.

„Aber wichtig war auch die Lobbyarbeit“, sagt Michalski. „Vereine und Verbände haben für die Idee geworben und viele Abgeordnete überzeugt.“ Auch Maria Böhmer, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, setzt sich für das Projekt ein.

Das neue „Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Holstein“ knüpft an die vorangegangene Maßnahme an. So wird es wieder Sprach-, PC- und Bewerbungskurse geben, ergänzt durch Praktika. Von der Förderung in Schleswig-Holstein sollen Flüchtlinge und Bleibeberechtigte aus der Türkei, aus Iran, Irak, Syrien, Armenien und Aserbaidschan profitieren.

Aber auch Deutsche werden geschult: Angestellte von Firmen wie Verwaltungen können sich in Kursen zu interkultureller Öffnung schlau machen, was zu berücksichtigen ist, wenn Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, und wie Firmen davon profitieren. □